

nur Zorn an, es schafft oft Verzweifelte oder auch Heuchler. Mit dem normativen Appell muß ein ständiger Anruf zur personalen Erfüllung dieser Wertbegriffe verbunden sein. Ein umfassend formulierter Verantwortungsbegriff steht daher im Mittelpunkt aller jugendschützerischen Bemühungen. Jugendschutz ist eine dauernde Verpflichtung unserer demokratischen Gesellschaft. Jugendschützerisches Denken, sowohl im Sinne einer liebevollen Bewahrung, als auch im Sinne einer rechten Hinführung zur Reife der Erwachsenen, muß stärker in die Erziehung integriert werden. Immer aber wird der Jugendschutz von bestimmten und klaren Wertbegriffen ausgehen müssen, von Normen, von denen unsere Gesellschaft getragen sein muß, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will.

ZEITBERICHT

Lage der Kirche in Ungarn – Der katholische Klerus in Polen – Franzosen in großer Mehrzahl für die Messe in der Landessprache – Massenmedien in der Sowjetunion – Die Ausgaben des Durchschnittsfranzosen

Lage der Kirche in Ungarn

Im Oktober 1964 schloß der Hl. Stuhl mit der Volksrepublik Ungarn einen „Präliminarvertrag“ über die Stellung der katholischen Kirche in Ungarn ab. Dieser Vertrag hat natürlich nicht alle schwebenden Fragen gelöst; doch wurden weitere Verhandlungen in Aussicht gestellt. Er brachte eine gewisse psychologische Entspannung. Der Episkopat war, soweit er an der Ausübung seiner amtlichen Tätigkeiten nicht gehindert war, mit diesem Vertrag einverstanden; ebenso der Großteil der „mit Regierungserlaubnis“ tätigen Priester. Skeptisch hingegen eingestellt war und ist bis heute ein großer Teil der an der Ausübung ihres priesterlichen Berufes „gehinderten“ Priester, ebenso nicht wenige eifrige katholische Laien, die die Nützlichkeit des Vertrages selbst in Frage stellen.

Genau wie früher können zwar – obgleich ihre Angelegenheit im Vertrag nicht berührt wird – die Benediktiner, die Piaristen, die Franziskaner und ein Frauenorden je zwei katholische vierklassige Mittelschulen mit dem entsprechenden Personal unterhalten. Das Bestehen sowie die Tätigkeit der übrigen männlichen Orden ist aber genau so wie die Existenz der anderen Frauenorden durch Gesetz verboten. Ihr Besitz ist seit 1950 vom Staat beschlagnahmt; daran hat weder der Aufstand von 1956 noch der Vertrag etwas geändert. Die Kirchengebäude der unterdrückten Orden wurden dem Weltklerus übergeben. Die Kirchenräume selbst sind fast alle für den Gottesdienst freigestellt.

Die Mitglieder der verbotenen Orden werden meist nach kurzer Haft „ins bürgerliche Leben“ entlassen; sie dürfen höchstens zu zweit zusammenleben und sollen sich durch „Arbeit“ ihren Lebensunterhalt verdienen. Irgendwelcher organisatorischer Zusammenhang untereinander ist ihnen untersagt. Junge Kleriker, die diesen verbotenen Orden angehörten, wurden durch behördliche Maßnahmen aus den Seminarien entfernt.

Die eigentliche Verfolgung der Kirche äußert sich trotz allem nicht so sehr in einzelnen Gewalt-

maßnahmen; sie arbeitet „klüger“ und damit auch hinterhältiger, vor allem durch die Entfernung eifriger und beliebter Priester aus ihren Stellungen. Sie sucht also die seelsorgerliche Kraft der Kirche zu schwächen. Diese Voraussetzungen erreicht der Staat durch den moralischen Druck, den das „staatliche Kirchenamt“ auf die einzelnen, natürlich nicht in gleicher Weise widerstandsfähigen Diözesanverwaltungen ausübt. Ein solches Vorgehen schafft Unzufriedenheit zwischen den solchen Priestern ergebenden Laien und den entsprechenden bischöflichen Behörden, und das kann der Regierung nur recht sein.

Wie überall, bemüht sich die kommunistische Staatsregierung, trotz der oben genannten Zugeständnisse, die katholische Erziehung der Jugend nach besten Kräften zu verhindern. Es ist den staatlich anerkannten Priestern zwar, ganz im Gegensatz zu Sowjetrußland, erlaubt, in den acht Klassen der Unterschule (bis zum Alter von 14 Jahren) Religionsunterricht zu erteilen. In den staatlichen Mittelschulen aber fällt dieser Unterricht fort. „Illegaler“ Religionsunterricht wird polizeilich verfolgt und hart bestraft.

Rein formell, doch ohne tatsächliche Bedeutung im Leben des Landes besteht sogar die „Actio catholica“ weiter. Sie gibt ein katholisches Wochenblatt heraus „Der neue Mensch“. Weiter besteht eine monatlich erscheinende Zeitschrift intellektueller Natur: „Vigilia“, und außerdem ein Zweiwochenblatt der sogenannten „Friedensorganisation“, „Das katholische Wort“. Die jeweilige Auflage ist nicht sehr hoch; die Nummern werden an den Kirchentüren und wahrscheinlich auch in einigen Zeitungskiosken verkauft. Es gibt einen Verlag, St. Stephansverlag, der jährlich etwa 3 bis 6 Bücher aus der Liturgie, der Theologie und der katholischen Literatur herausgibt. Das ist natürlich verschwindend wenig im Vergleich mit den Veröffentlichungen der Regierung und der Partei. Es gibt auch Gebetbücher und die Schulbücher für die Unterschule. Ähnlich wie in Polen bei der Organisation „Pax“ kann man in Ungarn bei der Genossenschaft „Ecclesia“ die für die priesterlichen Amtshandlungen notwendigen Gegenstände und Devotionalien für den persönlichen Gebrauch kaufen.

An den Kundgebungen der mit der Regierung zusammenarbeitenden „Friedenspriester“ nehmen notgedrungen die meisten vom Staat anerkannten Priester, auch die Bischöfe teil. Die engere Gruppe der „Friedenspriester“ ist aber genau wie in Böhmen bei den Gläubigen nicht gern gesehen. Auch für die Regierung sind sie nicht viel mehr als ein Stein in ihrem Spiel.

Bistümer hat die Regierung bisher noch nicht unterdrückt. Es gibt in Ungarn 6 Seminarien, früher waren es 11, die im Augenblick wegen einer gewissen neueingetretenen Krise der Berufe etwas Mangel an Seminaristen haben. Das kann der Regierung nur recht sein. Die orientalischen Verwaltungsbezirke der katholischen Kirche (ein Bistum und ein Exarchat) bestehen – verhältnismäßig wenig gestört – im Osten des Landes weiter. Sie werden aber kaum Einfluß in die Slowakei, wo das katholische Bistum dieses Ritus mit Gewalt unterdrückt wurde, ausüben können. Die auch in der Stephanskirche in Wien hochverehrte Mutter Gottes von Pócs, die den orientalischen Basilianern gehört, wird von den Gläubigen eifrig besucht; auch die „lateinischen“ Wallfahrtsorte sind bisher von der Regierung nicht angetastet worden.

Die Unterdrückung der Kirche ist somit in Ungarn nicht so gewaltsam wie in den sowjetrussischen Republiken. Sie ist – vom Kommunismus aus gesehen – gleichsam noch in einem Vorstadium ihrer Entwicklung. Die innere Vergewaltigung der Katholiken aber ist in Ungarn heftiger als z. B. in Polen, doch geringer als etwa in der benachbarten Slowakei.

Im großen Ganzen gesehen hat sich in Ungarn aus der breiten Masse der Katholiken eine verhältnismäßig zahlreiche Schicht von wirklichen Bekennerchristen herausgebildet, die fest an ihrem Glauben hängen. Sie haben nicht selten ein gewisses Mißtrauen gegen die Männer im Verwaltungsapparat der Kirche, die ihrer Meinung nach zu sehr den jahrhundertelangen Traditionen der ungarischen Kirche verhaftet sind und sich nur schwer mit den heutigen Strömungen auseinanderzusetzen vermögen.

Es dreht sich also nicht wie bei den „Friedenspriestern“ um eine Anpassung an das kommunistische Regime und, sobald dies nach katholischen Anschauungen möglich ist, auch an die kommunistischen Anschauungen, sondern um ein Sichzurechtfinden in der Verfolgung, ohne Rücksicht auf die ehemalige feudale Gesellschaftsordnung und damit auch auf die frühere Stellung der Kirche im Staatsganzen. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß es auch im heutigen Ungarn konservativ eingestellte Katholiken gibt, die die einstige Lage als die allein richtige ansehen und darum jeden Eingriff der kommunistischen Behörden als schmerzliches Unrecht empfinden.

Der katholische Klerus in Polen

Für die kommunistische Regierung Polens gibt es drei Kategorien des Klerus: die „Ultramontanen“, die sich als aktive und unbedingte Feinde des Kommunismus erwiesen haben (etwa 15 %); die Mitglieder der „Pax“- und „Caritas“-Bewegung (ungefähr 5 %), und die übergroße Mehrheit, die zwar gegen den atheistischen Kommunismus eingestellt sind, die aber entweder aus opportunistischen Gründen oder weil sie schon müde sind, einen zwanzigjährigen Krieg gegen den Kommunismus zu führen, nach einem „Modus vivendi“ mit der kommunistischen Regierung verlangen, ohne jedoch einem Kompromiß in der Lehre zuzustimmen: ungefähr 80 %.

Es ist allerdings schwierig, genaue Grenzen zwischen der ersten und der dritten Gruppe zu ziehen. Richtig ist aber auf jeden Fall, daß 95 % des katholischen Klerus in Polen in einer mehr oder weniger scharfen Opposition gegen die atheistische Regierung stehen. Um sie zu gewinnen, wendet die Regierung folgende Methoden an: Sie unterstützt die zweite Gruppe materiell und moralisch. Viele Priester, die der „Pax“ angehören, bekommen eine monatliche finanzielle Unterstützung. Die erste Gruppe hat man schikaniert, aber man wandte keine terroristischen Mittel an, weil diese, wie z. B. Gefängnis, feindliche Reaktionen im Volk wecken und die Popularität der Regierung, die schon immer sehr schwach war, noch mehr mindern würde. Die dritte Gruppe sucht man zu spalten. Es werden z. B. Priester regelmäßig vor das Kirchenamt geladen, wobei man ihnen viel verspricht: die Restaurierung ihrer Kirche, die Möglichkeit, sich gegen finanzielle Maßnahmen zu beschweren, das störungsfreie Abhalten des Religionsunterrichts. Nur müssen sie versprechen, mit ihrem Bischof wenig Kontakt zu halten. Man sucht ihnen klar zu machen, daß die Bischöfe alle „ultramontan“ und „feudal“ gesinnt und auch zu „theoretisch“ im Kampf gegen den Kommunismus eingestellt seien.

Die jüngeren Priester will man überzeugen, daß sie keine kirchliche Karriere machen werden, wenn sie ihre ablehnende Stellung gegen „Pax“ und „Caritas“ nicht ändern, weil die Regierung für solche Priester keine Ernennung auf wichtige kirchliche Ämter gestatten wird.

Die von 1957 bis 1960 angewandte Methode, jüngere Priester zur „Nationalpolnischen Kirche“ einzuladen, führte zu keinen erkennbaren Ergebnissen. Jetzt versucht man, Pfarrer und Vikare gegen ihren Bischof aufzuhetzen, wie dies z. B. in Wierzbica (Diözese Sandomierz) geschah. Der dortige Pfarrer erwies sich ungehorsam gegen seinen Bischof; er weigerte sich, seine Pfarrei zu verlassen; obwohl er mit Zensuren belegt wurde, blieb er als Pfarrer und wurde darin von seiner Pfarrgemeinde unterstützt. Drei jüngere Priester in der Umgegend apostasierten. Die kommunistische Regierung scheint jetzt diese Zersetzungsmethode vorzuziehen.

In der gleichen Weise wurden auch die Ordensobern behandelt. Im Dezember 1964 wurden z. B. einige Provinzialobern nach Warschau eingeladen. Dort versprach ihnen der Kultusamtsdirektor Zabinski Erleichterungen unter der Bedingung, daß sie sich jeweils direkt an ihn wenden und nicht an die Hierarchie. Er wies auf die Exemption hin, die ein bequemer, vom Kanonischen Recht gestatteter Weg sei, mit größerer Unabhängigkeit von der Hierarchie für die Ordensinteressen zu sorgen.